

BLICK IN DIE GESCHICHTE

Karlsruher stadthistorische Beiträge Nr. 117 · 8. Dezember 2017

Unter dreifach gewölbtem Dach

Planung und Bau der ersten Karlsruher Markthalle von Eric Wychlacz

Frisches Obst, Gemüse, Blumen und allerlei kulinarische Spezialitäten – damit versorgt seit mittlerweile 50 Jahren der Karlsruher Großmarkt am Weinweg die Stadt und das umliegende Einzugsgebiet. Großhändler verkaufen ihre dort feilgebotenen Waren an gewerbliche Wiederverkäufer, die sie in Gaststätten, Einzelhandelsgeschäften oder auf Wochenmärkten im Umkreis weiter verkaufen.

Bevor die Stadt den Großmarkt mit seiner verkehrsgünstigen Anbindung in unmittelbarer Nähe zur Autobahn und dem Hagsfelder Bahnhof 1967 erbauen ließ, stand seit 1934 an der Stelle des heutigen Badischen Staatstheaters eine Markthalle. Erste öffentliche Diskussionen über die Notwendigkeit einer überdachten Halle als Schutz vor Witterung, Staub und Schmutz gab es bereits in den 1880er und 1890er Jahren. In diese Zeit fallen auch Anfragen von aus der Wirtschaft stammenden privaten Investoren, die an Bau und Betrieb eines Marktgebäudes Interesse zeigten. Da die Stadt zu der Zeit noch Informationen darüber einholte, wie andere Städte ihr Marktwesen organisierten und damals schon mit dem Gedanken spielte, den dort unterzubringenden Großmarkt in Eigenregie zu betreiben, lehnte sie sämtliche Gesuche ausnahmslos ab.

Zwei Jahrzehnte bis zur Entscheidung über den Standort

Die Frage des Standorts an der Kriegsstraße erörterte man in Karlsruhe bereits in den Jahren 1903/04 als der Bau eines neuen Bahnhofs beschlossen war. Konkreter wurden die Überlegungen freilich erst nach dessen Eröffnung 1913. Im April 1914 wurde angedacht, eine im Auftrag der Ausstellungsgesellschaft für die große Kunst- und Industrieausstellung anlässlich des 200. Stadtjubiläums 1915 zu errichtende Maschinenhalle nach Abschluss der Jubiläumsfeiern zu Marktzwecken umzufunktionieren. Mit Ausbruch

des Ersten Weltkrieges und im Verlauf der darauf folgenden Wirtschaftskrise und Inflation verfolgte die Stadtgemeinde die Pläne nicht weiter.

Erst der 1925 getroffene Beschluss, den Marktplatz umzugestalten und Straßenbahngleise auf beiden Seiten der Pyramide nach Süden zu verlegen, nötigten zu neuen Überlegungen. Die schon länger erwogene Verlegung des Wochenmarktes vom Marktplatz an die Kriegsstraße musste nun realisiert werden. Fortan bauten dreimal wöchentlich die Händler für einen halben Tag an der gesamten Front des ehemaligen Bahnhofsempfangsgebäudes und im Westen sogar darüber hinausgehend bis zur Ettlinger Straße ihre Stände auf. Bauliche Änderungen waren nur in sehr geringem Umfang insofern notwendig, als vor allem eine Abschränkung gegen die Straßenbahngleise vorgenommen werden musste. Das Karlsruher Tagblatt schrieb am 2. Juni 1926 nach Eröffnung des Marktes: „Es war, als werde ein großes Volksfest begangen“. Verkäufer seien in bunteschmückten Wagen unter musikalischer Begleitung der Polizeikapelle erschienen. Allerseits herrsche große Freude darüber, dass die Gegend nach Schließung des Bahnhofs endlich aus einem jahrelangen Dornröschenschlaf erwacht sei.

Damit war allerdings nur der erste Schritt getan. Die Karlsruherin Klara Philipp, die für die Zentrumsparterie im Deutschen Reichstag saß, bekundete gegenüber der Badischen Presse am Neujahrstag 1928 ihre Betroffenheit bei dem Gedanken an das Fehlen einer Markthalle für die Stadt. Nässe, Wind und Kälte seien nicht nur Gesundheitsschädigend, auch der mitgeführte Regenschirm „ist zwar an sich ein höchst nützliches Gerät, aber beim Einkaufen ein arges Hindernis für die Besitzerinnen und für die, mit denen er kollidiert.“ Sie stimmte damit in den Tenor der Klagen ein, für die eine Großstadt ohne Markthalle beschämend war.

Fortsetzung Seite 2



1888 – 1973

Foto: Stadtarchiv

Adolf von Grolman

Seit 1955 verwahrt das Stadtarchiv Karlsruhe ein Typoskript mit dem Titel „Karlsruhe in den Jahren 1945 – 1954“. Es handelt sich dabei weithin um die Betrachtungen eines teilnehmenden Beobachters des Zeitgeschehens, die 2017 publiziert wurden. Der Name des Autors: Adolf von Grolman.

Geboren wurde Grolman am 6. Oktober 1888 in Karlsruhe als einziges Kind einer vermögenden adligen Familie. Seine Mutter stammte aus einem französischen Adelsgeschlecht, sein Vater war Premierleutnant. In dem seit dem Alter von zwei Jahren nach dem Tod des Vaters Halbweisen und ab dem Alter von fünf Jahren infolge einer Knieoperation Gehbehinderten, weckte sein Lehrer am Gymnasium, Gustav Wendt, die Liebe zur Literatur, seine Mutter die zur Musik. Dennoch begann von Grolman 1907 ein Jurastudium, das er in Heidelberg 1911 mit Staatsexamen und Promotion beendete. Das Familienvermögen ermöglichte es ihm, die ungeliebten „Bureau- und Juristenstände“ 1913 zu verlassen. 1914–1916 war er Schriftführer des Badischen Roten Kreuzes und begann dann ein Studium der Germanistik in München. Bereits 1918 wurde er mit einer Arbeit über Hölderlins „Hyperion“ erneut promoviert und schon 1919 folgte seine Habilitation in Gießen, wo er anschließend als Privatdozent wirkte.

Vermögensverluste während der Inflation beendeten 1922 von Grolmans akademische Karriere und zwangen zur Rückkehr nach Karlsruhe, wo er sich 1924 für die ungesicherte, jedoch produktive Existenz als freier Schriftsteller entschied. Über 1 000 Veröffentlichungen – Monographien, Aufsätzen, Vorträge und vor allem Rezensionen – sind in einem Werkverzeichnis aufgeführt. Sein literarhistorisches Interesse galt besonders Hölderlin und Stifter aber auch oberrheinischen Dichtern. Grolman legte seiner Kunstbetrachtung neben ästhetischen vor allem ethische, kultur-konservative Maßstäbe zugrunde. Er rückte damit in die Nähe national-völkischer Literaturbetrachtung. Gleichwohl blieb er auch nach 1933 auf Distanz zur Ideologie der Nazis. Glück hatte der anhaltend Frankophile 1942: Nach sieben Wochen Untersuchungshaft im Juli/August wegen kritischer Äußerungen zu Nazigrößen und den Kriegsaussichten wurde das Verfahren eingestellt und die von Himmler angeordnete Einlieferung in ein KZ unterblieb. 1943 wurde er aus der Reichsschrifttumskammer ausgeschlossen. Im September 1944 zerstörte ein Luftangriff seine Wohnung samt Bibliothek.

1946 kehrte der zeitweiligen Unverheiratete von seinem Evakuierungsort Tamm bei Ludwigsburg nach Karlsruhe zurück. Er arbeitete wieder als freier Schriftsteller und veröffentlichte unter anderem die „Karlsruher Novellen“ und den Roman „Ferien“. Zunehmend vereinsamt begab er, der einst mit Thomas Mann, Hermann Hesse, Martin Buber und Albert Schweitzer Kontakte gepflegt hatte, sich 1968 in ein Altersheim. Am 17. August 1973 ist Grolman gestorben. Manfred Koch



Die 1934 fertig gestellte Markthalle hinter dem Kopfbau des alten Bahnhofs um 1950. Foto: Stadtarchiv

Planung und Bau der Markthalle an der Kriegsstraße

Mit dem Ankauf des 75 980 Quadratmeter großen Areals am alten Bahnhof für knapp zwei Millionen RM von der Deutschen Reichsbahn und dem Badischen Landesfiskus Ende Juli 1930 nahmen die Planungen allmählich an Fahrt auf. 1931 standen mehrere Varianten zur Umsetzung des Bauvorhabens im Raum: Ein Bauprojekt sah vor, hinter dem zur Lagerhalle umfunktionierten Empfangsgebäude einige Gleise zu belassen und südlich hiervon die Markthalle mit einer Nutzfläche anzuschließen.

Eine weitere Überlegung legte den Schwerpunkt des Großmarktes, also der Lager- und Verkaufsfächen, auf das Empfangsgebäude. Getrennt durch eine Marktstraße hätte sich dahinter der Kleinmarkt angeschlossen, weiter südlich dann Park- und Bauplätze für Wohnhäuser. Der Stadtratsbeschluss vom 3. Juni 1931 orientierte sich schließlich eng an letzterem Vorschlag. Allerdings änderte ein weiterer Stadtratsbeschluss Anfang Januar 1933 die Baumaßnahme abermals ab. Hiernach diente das Erdgeschoss des Empfangsgebäudes zur Lagerzwecken. Der daran anschließende Großmarkt umschloss den Kleinmarkt, der damals noch zusammen mit dem Großmarkt an einem Standort lag, von drei Seiten. Weitere Lageräume befanden sich auf der Westseite entlang der Blankenhornstraße.

Die Finanzierung des Neubaus der Markthalle stand unter keinem guten Stern: Von den Kosten in Höhe von 350 000 Reichsmark, sollte der Großteil, nämlich 315 000 RM, über ein Darlehen des Reichsarbeitsbeschaffungsprogramms bestritten werden. Allerdings verweigerte die Gesellschaft

zur Förderung öffentlicher Arbeiten in Berlin Anfangs die Genehmigung der Kredite. Denn ihre Aufgabe war lediglich die Unterstützung von Tiefbauarbeiten. Der Argumentation der Stadt, es handele sich nicht um einen Hochbau im klassischen Sinne, sondern vielmehr um eine Einrichtung des technisch-wirtschaftlichen Betriebs, schenkte die Behörde keinen rechten Glauben. Hingegen überzeugte die Begründung eher, die Erstellung der Schutzhalle in Holzkonstruktion fördere das darniederliegende Zimmer- und Forstgewerbe.

Als der Stadtrat kurzfristig entschied, die Außenwände massiv in Backsteinmauerwerk zu errichten, um den Eindruck der Behelfsmäßigkeit zu vermeiden, verletzte er die ausgehandelten Bedingungen. Gegen Kritik wiegelte die Stadt ab, der Grundgedanke der Ausführung in Holzkonstruktion bliebe beibehalten, die Tragkonstruktion ändere sich nicht. Außerdem sei der Holzverbrauch gegenüber dem Vorentwurf lediglich um acht Prozent gesunken. Nach zähen Diskussionen sah der Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung davon ab, die Darlehensbewilligung zurückzuziehen – allerdings „nur deshalb, um die Stadt Karlsruhe und das dortige Gewerbe vor empfindlichem Schaden zu bewahren.“

Nach Anlauf der Arbeiten stellte der Diplom-Ingenieur Fritz Ewert in der nationalsozialistischen Zeitung „Der Führer“ in einem Beitrag zur Markthalle die Vor- und Nachteile des Entwurfs des städtischen Hochbauamtes (HBA) einem eigenen Gegenentwurf in Holzfachwerk gegenüber. Dieser hob die betonte Dreiteilung des Halleninneren auf und sollte einen einheitlicheren innenarchitektonischen Gesamteindruck bei Verbreiterung des Mittelschiffes vermitteln. Hiermit sollte „das

dringende Bedürfnis der nationalen Verbände und Formationen, SA, Arbeitsdienst, Hitlerjugend, Stahlhelm“ sowie von Sportvereinen nach einer Unterbringung bei sportlichen Veranstaltungen im Winter gestillt werden. Gegen diesen Vorschlag brachte das HBA Einwendungen vor, obwohl es den monumentaleren Charakter würdigte: Ohne Erweiterungsmöglichkeiten und unter technisch ungünstigen Voraussetzungen mit Mehrkosten von 14 000 bis 16 000 RM riet die Behörde davon ab, die Bauarbeiten, die bereits in vollem Gange waren, zu stoppen. Am dringendsten standen der Doppelnutzung als Markt- und Sporthalle Hygienegründe entgegen. Denn die Gerüche der verkauften Lebensmittel wie Fische, Käse usw. fanden dort Verbreitung, „wo sich die Lungen junger Menschen weiten sollen“. Diesen Ausführungen schloss sich der Bauausschuss der Stadt Karlsruhe an und lehnte Begehrlichkeiten des Sonderkommissars des Obersten SA-Führers für Baden zur Nutzung der Halle zu Sportzwecken für die SA und der Stahlhelm-Ortsgruppe ab. Das Richtfest am 5. Dezember 1933 gerierte sich als Propagandaveranstaltung der noch recht neuen Karlsruher NS-Führung. Im September und Oktober 1934 richteten die Nationalsozialisten die zweite Grenzlandmesse in der Markthalle aus.

Nach dem Zweiten Weltkrieg diente die Halle weiterhin bis 1967 als Groß- und bis 1970 als Kleinmarkt. Ihr Ende besiegelten zum einen die zunehmend beengten Räumverhältnisse, der fehlende Gleisanschluss und die vom Lieferverkehr verursachten Verkehrsbehinderungen auf der Kriegsstraße. Ganz wesentlich trug zum anderen dazu bei, dass für das neu zu errichtende Badische Staatstheater der zentral gelegene Platz beim Ettlinger Tor bestimmt wurde.

Spiegel des sozialen Wandels

Die Anwohner am Leopoldplatz von Heidi Schweickert

Städtebaulich und architektonisch ist der Leopoldplatz gut dokumentiert in der Publikation des Stadtarchivs über die Karlsruher Stadtplätze. Was zu einem ganzheitlichen Bild fehlt, sind Informationen zu den Menschen, die hier gewohnt und gelebt haben. Wer waren sie und wie hat sich die Anwohnerschaft im Laufe der Zeit verändert? Wie reflektieren diese Veränderungen das jeweilige Zeitgeschehen? Auskunft geben die Adressbücher mit Namen und (bis 1996) Berufangaben zu den Anwohnern.

Entstanden ist der Platz im Zuge der Karlsruher Stadterweiterung nach Westen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts nachdem das städtische Schlachthaus an die Durlacher Allee verlegt worden war.

An seiner Stelle entstand als einheitliches Gebäudeensemble im Stil des Historismus eine neue Schule, ihr gegenüber vornehme Wohngebäude (Leopoldstraße 7–7b) und dazwischen ein prachtvoller Platz: der Leopoldplatz.

Die Anwohner des neuen Leopoldplatzes zur Gründerzeit

Die Neugestaltung des Areals veränderte signifikant seine soziale Struktur: dort, wo zuvor Hafner, Kübler, Tünchner und Näherinnen wohnten, zog nach der Neubebauung das wohlhabende Karlsruher Großbürgertum ein. Gestank und Schlachtereien wurden gegen großbürgerliche Eleganz und Ästhetik eingetauscht – nach heutigen Begriffen ein klassischer Fall von Gentrifizierung.

In seiner Gründungsphase zählte der Leopoldplatz zu einer der ersten Adressen in Karlsruhe. Hier wohnte, wer Rang und Namen hatte, wer zur akademischen, politischen und kulturellen Elite gehörte: namhafte Architekten, wichtige Honoratioren, wohlhabende Bankiers, Richter, Professoren, bekannte Künstler und ranghohe Offiziere. Darunter so klangvolle Namen wie der Frhr. Karl v. Beaulieu-Marconnah, Alexander Rühle v. Lilienstern, Frhr. Busso v. Wehern-Hohenberg. Erfasst wurden Männer und Familienvorstände, verheiratete Frauen dagegen nur als anonyme Witwen unter dem Namen ihres dann verstorbenen Mannes (zum Beispiel 1893 Eduard Eisen, Prof. Wwe).

Unter den ersten Bewohnern von Haus 7 war einer der renommiertesten Architekten seiner Zeit:



Die Postkarte zeigt die Häuser Leopoldstraße 7–7b am Leopoldplatz um 1910.

Foto: privat

Ludwig Levy (1854–1907), Professor an der Baugewerkschule und bedeutendster Synagogenbauer im deutschen Südwesten. Ein Jahrzehnt lebte und wohnte er am Leopoldplatz, baute zahlreiche Synagogen, aber auch protestantische, katholische und profane Gebäude wie das Ministerialgebäude am heutigen Place de la République in Straßburg, die Heilanstalt Wiesloch oder das heutige Polizeipräsidium in Mannheim. Nur sein früher Tod hat verhindert, dass er weder die komplette Zerstörung seiner Synagogen noch das Ende seiner Frau im KZ Theresienstadt miterleben musste.

Ebenfalls zu den ersten Bewohnern von Haus 7 gehörte der Architekt Johannes Schroth (1859–1923), der sich durch den Bau von Kirchen, wie die

Bonifatiuskirche in Karlsruhe oder die Liebfrauenkirche in Mannheim einen Namen machte. Während Levys Lebenswerk infolge des nationalsozialistischen Antisemitismus weitgehend zerstört wurde, hat Schroths Werk bis heute überdauert.

Zu den illustren Bewohnern der ersten Jahre gehörten auch Künstler wie der bekannte Maler und Professor Friedrich Kallmorgen und die Hofopernsängerin Christine Friedlein, die mit ihren autobiografischen „Erinnerungsblättern einer Hofopernsängerin“ ein persönliches Licht auf das Leben am damaligen Hoftheater in Karlsruhe warf.

1905 wurde am Leopoldplatz das letzte Gebäude errichtet, das Wohn- und Atelierhaus 7c des Architekten und Professors Hermann Billing (1867–1946), der als bedeutender Vertreter des Jugend-

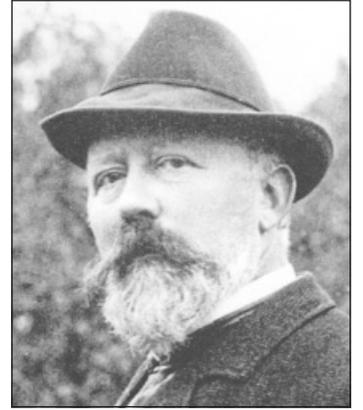
stils weit über die Grenzen von Karlsruhe bekannt wurde. Zusammen mit dem Architekten Wilhelm Vittal (1859 – 1920) führte er einige Jahre eine Bürogemeinschaft. Von Vittal stammen unter anderem der Karlsruher Bahnhofsvorplatz und die Stadtgarten-Anlage.

Mit diesen namhaften Architekten begann am Leopoldplatz früh eine beeindruckende Tradition von dort ansässigen Architekten, die bis in die Gegenwart anhält: Durch alle Jahrzehnte lebten hier erfolgreiche Architekten – darunter und stellvertretend für weitere: das Architekturbüro Dr. Gruber & Gutmann, Lars Erhan Dragmanli, dem späteren Leiter des Karlsruher Hochbauamts, das Architekturbüro Klaus Möckel und Prof. Dr. Wolf Dietrich Weigert. Mit der Übernahme des Billing-Hauses Anfang 1990 durch Architekt Manfred Raus setzte sich die Tradition ungebrochen fort. Der Leopoldplatz war und blieb ein Hort für Architekten und Bauherren.

Veränderungen der Sozialstruktur bis zum Zweiten Weltkrieg

25 Jahre nach seiner Entstehung hatte sich der Leopoldplatz im Stadtbild etabliert und einer breiteren Bevölkerung geöffnet. Die Zusammensetzung der Anwohner veränderte sich langsam und fließend. Beleg dafür sind vor allem Bewohner mit einfacheren Berufen wie zum Beispiel die Wäscherin Katherina Bauer oder der Stalldiener Gabriel Stober sowie die gewerbliche Nutzung von Wohnungen wie das Gewerbeaufsichtsamt in Haus 7. Zwar finden sich nach wie vor viele Honoratioren, aber die Anwohner wurden auch dank zunehmender Industrialisierung heterogener: 1903 bezieht der erste Ingenieur, Simon Ottenstein, Quartier, 1905 der erste Chemiker Dr. Wilhelm Seybold. Neue Berufe wie Fabrikkontrollere und -inspektoren tauchen auf. Anwohner nehmen am Leopoldplatz ihren Ruhesitz und vereinzelt mischen lokale Künstler das Bild auf: die Hofopernsängerin Marie Rudy, der Kammermusiker Otto Hubl oder Hugo von Cancrin, jahrelang Redakteur der „Feierstunde“, einer der ersten Fabrikzeitungen an der Württembergischen Metallwarenfabrik.

Während der Weimarer Republik wimmelte es am Leopoldplatz von Räten. Der politische Umbruch zeigt sich unter anderem daran, dass es nach 1918 keine Hoflieferanten, keine Hofmusiker oder Hofopernsänger mehr gibt: Der Hof hatte



Zu den Anwohnern am Leopoldplatz zählten (v.l.): die Architekten Ludwig Levy, Hermann Billing und der Maler Friedrich Kallmorgen. Fotos: Stadtarchiv

ausgedient. Die Stellung der Frau wurde stärker, ihre Präsenz am Leopoldplatz nahm zu: 1928 Emmy Hubl als erste Diplom-Volkswirtin, Marta Steinbach 1934/35 als erste Direktorin. Auch sprachlich passte sich die Anwohnerschaft dem Wandel der Zeit an: Aus dem Kleidermacher wird ein Damenschneider, aus der Musiklehrerin eine Gesangspädagogin, aus Schuldienern Hausmeister.

Zur Zeit der NS-Machtergreifung 1933 lebten vor allem in Haus 7b jüdische Familien, teilweise in unmittelbarer Nachbarschaft mit Nazifunktionären wie dem SA-Führer Dr. Albrecht im Billing-Haus. So sind unter den Opfern des Naziregimes zahlreiche Anwohner aus Haus 7b: Familie Josef Weglein (seit 1916), Sigmund Löwenthal, Karl August und Karoline Behr, Familie Rosenfeld sowie Karl und Bella Hahn. Ironie des Schicksals, dass im gleichen Gebäude in der Nachkriegszeit die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes und Wiedergutmachungsdienststelle unter Leitung des Anwalts Dr. Leo Witzrens ihr Domizil hatte.

Sozialer Wandel in der Nachkriegszeit

50 Jahre nach seiner Entstehung und als Folge des Zweiten Weltkrieges bestand die Anwohnerschaft am Leopoldplatz aus vergleichsweise vielen Frauen: Witwen, Rentnerinnen, Pensionärinnen, oder einfach Frauen. Alleinstehende Frauen mit eigenem Namen, Verheiratete mit dem berufstätigen

Mann und dem Zusatz „Frau“. Frauen wurden identifizierbar, differenzierbar. Nach dem Tod von Hermann Billing wurde dessen Frau zum Beispiel nicht mehr unter seinem Namen sondern als Marianne Billing, Witwe aufgeführt.

Die Belegungsdichte der Gebäude nahm in den 1960er Jahren zu, die Häuser wurden von Hausverwaltungen administriert. Es war die Zeit der Angestellten, Sekretärinnen und Sachbearbeiter, aber auch der Arbeiter wie Dreher, Schlosser, Elektriker, Schneider und Schreiner, Taxifahrer und Fensterputzer. Steigend auch die Zahl der Diplom-Ingenieure und erfolgreichen Frauen wie Maria Karpf, seit 1965 Abteilungsleiterin. Mitte der 1960er Jahre tauchen dann erste ausländische Bewohner auf und 1969 der erste Imam. Studenten zog es hierher, Akademiker, vereinzelt Künstler und Schauspieler wie Martin Gelzer, Klaus Lembke oder den Bildhauer Daniel Lehr. Der Leopoldplatz wurde zu einem Kaleidoskop quer durch alle Bevölkerungsschichten.

Nach 100 Jahren waren die Gebäude zum Sanierungsfall geworden, wurden kernsaniert und in Eigentumswohnungen umgewandelt. Erneut veränderte sich die Anwohnerschaft und am Leopoldplatz lebten wieder mehrheitlich gutsituierte Akademiker – ein klassischer Fall von Gentrifizierung. So wie der Leopoldplatz äußerlich ein Zeugnis seiner Zeit darstellt, so spiegeln seine Anwohner den historischen Ablauf, den politischen und sozialen Wandel wider.

Einbürgerungen: Der Fall Jakob Brand

Österreicher, Pole und Staatenloser! von René Gilbert

In der Endphase der Weimarer Republik konzentrierte sich der politische Streit in Karlsruhe auf die Auseinandersetzung zwischen Nationalsozialisten und den anderen politischen Parteien. Am 17. Dezember 1931 kam es zwischen Vertretern der NSDAP und der SPD zu einem verbalen Schlagabtausch im Karlsruher Stadtrat, der bezeichnend ist für das, was von den Nationalsozialisten in der Zeit ihrer späteren Diktatur an politischer Agitation sowohl gegenüber den demokratischen Parteien als auch gegenüber jüdischen Bürgern betrieben wurde.

Der Streit im Karlsruher Stadtrat

An jenem Tag behandelte der Stadtrat das Einbürgerungsgesuch des 56-jährigen Kaufmanns Jakob Brand. Brand, Vater des bekannten Theaterschauspielers Hermann Brand, wurde 1875 in dem nordgalizischen Dorf Rozwadów geboren und lebte seit 1900 in Karlsruhe, zunächst als österreichischer, ab 1918 als polnischer Staatsbürger. Er arbeitete zu Beginn als Hausierer für Textilwaren und eröffnete 1907 ein eigenes Textilgeschäft. Nach dem Ersten Weltkrieg gründete Brand einen Laden für Kurz-, Weiß- und Manufakturwaren, den er 1926 wieder aufgab, um fortan in seiner Wohnung ein Wäschegeschäft zu betreiben.

Für die SPD-Fraktion erklärte Stadtrat Friedrich Töpfer die Zustimmung zur Einbürgerung Brands, anschließend formulierte Stadtrat Peter Riedner die ablehnende Haltung der NSDAP-Fraktion. Über die nicht wörtlich überlieferten



Jakob Brand (1875 – 1958). Foto: Brand/Wiehn: Hermann Brand, 1990

Ausführungen Riedners berichtete die badische NS-Zeitung „Der Führer“ wenige Tage später folgendermaßen: „Die Nationalsozialisten haben im Stadtrat gegen die Einbürgerung des Herrn B. ge-

stimmt, weil sie 1. aus grundsätzlichen Überlegungen gegen eine jede Einbürgerung von Ostjuden sind.“ Zur Legitimierung dieser rassistischen Begründung wurde ein zweiter Grund nachgeschoben, der freilich auf die Diskreditierung Brands abzielte, indem dessen fünf Jahre zurückliegendes Strafverfahren wegen eines Steuervergehens angeführt wurde. In der Tat war Brand im November 1926 „wegen Umsatz- u. Einkommenssteuer-Gefährdung“ zu einer Geldstrafe von 2 000 Reichsmark verurteilt worden. Durch einen Erlass des Reichsfinanzministeriums wurde die Geldstrafe 1930 auf 1 089,25 RM reduziert.

Diese Argumentation führte zunächst nicht zum beabsichtigten Erfolg der Nationalsozialisten, da in der folgenden Abstimmung der Antrag Brands auf Einbürgerung mit Stichtentscheid des Oberbürgermeisters angenommen wurde. Allerdings verfügte die Stadt in dieser Frage über keine Entscheidungsbefugnis, sondern konnte lediglich eine Empfehlung für das Bezirksamt aussprechen. Wegen dieses sehr knappen Abstimmungsergebnisses entstand nun bei den Nazis Unruhe, die in ein Wortgefecht zwischen ihren Vertretern und dem SPD-Stadtrat Töpfer führte. Die Stadtverwaltung rekonstruierte den Hergang wie folgt: Als bei den Nationalsozialisten besagte Unruhe entstand, kommentierte Töpfer dies mit dem Satz „Regen Sie sich doch nicht auf, Ihr Führer Hitler ist ja auch Österreicher!“, worauf NS-Stadtrat Oskar Stäbel Töpfer mit den Worten drohte: „Das müssen sie büßen!“ Nach dieser persönlichen Attacke sprang Töpfer höchst erregt auf und ging mit weiteren Genossen auf die Sitzseite der Natio-



Briefkopf des Wäschegeschäfts Jakob Brand. Foto: Brand/Wiehn: Hermann Brand, 1990

nalsozialisten zu, wo er in scharfem Ton darauf hinwies, dass er als Soldat im Ersten Weltkrieg verwundet worden sei, während Stadtrat Stäbel zu dieser Zeit noch als Lümmel auf der Schulbank in Rastatt gesessen habe und er sich daher von einem solch jungen Menschen, der zudem seine väterländische Pflicht noch nicht erfüllt habe, nicht beleidigen lasse.

Am folgenden Tag beschwerte sich die NSDAP-Fraktion beim Oberbürgermeister bezüglich der Aussagen Töppers über Adolf Hitler: „Wie schon des Öfteren glaubte Herr Stadtrat Töpfer [...] ohne jeden erkennbaren Anlass die Person unseres Führers Hitler in Verbindung und damit in Vergleich bringen zu sollen mit irgend einem aus dem Osten eingewanderten Juden. Wir erachten diese Gegenüberstellung für eine gewollte Beleidigung unseres Führers und eine beabsichtigte Diffamierung der N.S.D.A.P. Wir erklären, dass wir zu den schärfsten Abwehrmitteln greifen müssen bei der Wiederholung ähnlicher Äusserungen, wenn nicht von Seiten des Vorsitzenden des Stadtrates Massregeln zum Schutze der Angegriffenen ge-

gten absehen zu können. Am 23. Januar 1932 legte die Stadtverwaltung dem Landeskommissär ein Schreiben vor, in dem sie den Grund des Streits sachlich zu klären versuchte: „Der Hinweis des Stadtrates Töpfer auf die frühere österreichische Staatsangehörigkeit Hitlers war ganz offensichtlich harmlos gemeint, Stadtrat Stäbel hat ihn aber missverstanden. Dieses Missverständnis ist wohl darauf zurückzuführen, dass die Debatte sich um eine aus Galizien stammende Persönlichkeit drehte und Stadtrat Stäbel im ersten Augenblick nach den Worten des Herrn Töpfer meinte, es sollte ein Vergleich zwischen dem Führer seiner Partei und einem aus Galizien eingewanderten jüdischen Bürger gezogen werden. Der Zurf des Stadtrates Stäbel ist der Ausfluss einer plötzlich infolge dieses Missverständnisses entstandenen Erregung; er könnte für sich allein betrachtet natürlich als Drohung bewertet werden. Im weiteren Verlauf der Dinge ist aber kein Wort gefallen, das wirklich auf die Absicht einer Drohung schließen liess.“ Damit war die Angelegenheit sowohl für die Stadtverwaltung als auch für beide Stadträte

troffen werden wollen.“ Als schließlich der badische Landeskommissär sich in den Fall einschaltete und die Stadtverwaltung um eine Stellungnahme zur Frage der Einleitung eines Dienststrafverfahrens bat, ordnete diese eine Untersuchung an, für die sie die Hauptbeteiligten zu Einzelgesprächen ins Rathaus bestellte. Da sowohl Töpfer als auch Stäbel sich einsichtig zeigten, gelangte die Stadtverwaltung zu der Ansicht, von einem förmlichen Dienststrafverfahren gegen beide Betei-

in dienstdisziplinarischer Hinsicht abgeschlossen. Bereits knapp drei Wochen zuvor hatte das Badische Bezirksamt über die Einbürgerung Jakob Brands entschieden. Die Behörde war zu der Auffassung gelangt, das Gesuch mit folgender Begründung abzulehnen: „Ihrem Antrag um Einbürgerung in Baden kann nicht entsprochen werden, da Sie vorbestraft sind, so daß die Voraussetzungen des [...] des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes [...] nicht erfüllt sind.“

Jakob Brands weiterer Lebensweg

Trotz dieser ernüchternden Nachricht lebte und arbeitete Brand weiterhin in Karlsruhe. Nachdem seine drei Söhne in den ersten Jahren der NS-Diktatur emigriert waren, verließ Brand zusammen mit seiner Frau Deutschland im September 1939 und rettete sich zu seinem Sohn Hermann in die Schweiz. Bereits in der „Reichskristallnacht“ vom 9./10. November 1938 hatten die Nazis die Brand'sche Wohnung verwüstet und einen Großteil des Hausrats zerstört. In den 1950er Jahren kämpfte Brand beim Landesamt für Wiedergutmachung in Karlsruhe um Erstattung seines durch die Nationalsozialisten erlittenen Schadens sowie um Wiedergutmachung des an seiner Familie begangenen menschlichen Unrechts. Im ersten Fall entschied das Landesamt auf einen Entschädigungsanspruch von 5871,02 DM beziehungsweise pauschal 5000 DM. Im zweiten Fall erhielt Brand für seinen Sohn Max Markus, der 1940 im KZ Sachsenhausen unter ungeklärten Umständen ums Leben gekommen war, eine Elternrente von 117 DM.

1956 stellte der mittlerweile 81-Jährige einen zusätzlichen Antrag auf Altersrente. In seinen beiden letzten Lebensjahren erhielt Brand eine Rente von rund 300 DM. Jakob Brand, der sich seit Anfang der 1950er Jahre in schriftlichen Dokumenten als „staatenlos“ bezeichnete, starb am 8. Oktober 1958 im Alter von 83 Jahren in Luzern.

Eine ausführliche Fallschilderung wird in der Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins 165 (2017) erscheinen.

Carlsruher Blickpunkte

Eine spätmittelalterliche Königsurkunde von Katrin Dort

Im Pfinzgaumuseum ist derzeit ein besonderer Carlsruher Blickpunkt zu sehen. Dort präsentiert das Stadtarchiv Karlsruhe in der Ausstellung „Durlacher Glanzstücke“ eine Auswahl von Schätzen aus dem reichen Kulturerbe Durlachs. Die ehemalige badische Residenzstadt besitzt eine bis in Spätmittelalter und Frühe Neuzeit zurückreichende, historisch sehr wertvolle Überlieferung, für die das Stadtarchiv seit der Eingemeindung von Durlach 1938 zuständig ist. Darunter befinden sich auch rund 100 Urkunden. Die älteste Originalurkunde – und damit auch das älteste Dokument im Stadtarchiv – stammt aus dem Jahr 1410. Noch bemerkenswerter ist jedoch das zweitälteste Stück, das aus dem Jahr 1418 stammt. Aussteller ist der König und spätere römisch-deutsche Kaiser Sigismund, der heute vor allem bekannt ist für seine Rolle auf dem Konstanzer Konzil, mit dem die damalige Kirchenspaltung überwunden wurde.

Die Urkunde wurde am 10. August 1418 im nicht zu identifizierenden Ort Wile im Bistum Speyer ausgestellt. Ihr Text ist in frühneuhochdeutscher Sprache auf Pergament geschrieben. Das Siegel des Königs, das dem Dokument einst anhang, ist verloren. Auf dem umgeschlagenen unteren Rand des Schriftstücks, der sogenannten Plica, befindet sich rechts unter dem Haupttext ein lateinischer Vermerk der königlichen Kanzlei. Unten links wurde vermutlich im späten 19. oder frühen 20. Jahrhundert ein Stempel aufgedrückt, in den Archivsignatur und Ausstellungsdatum eingetragen wurden – etwas was man in der heutigen

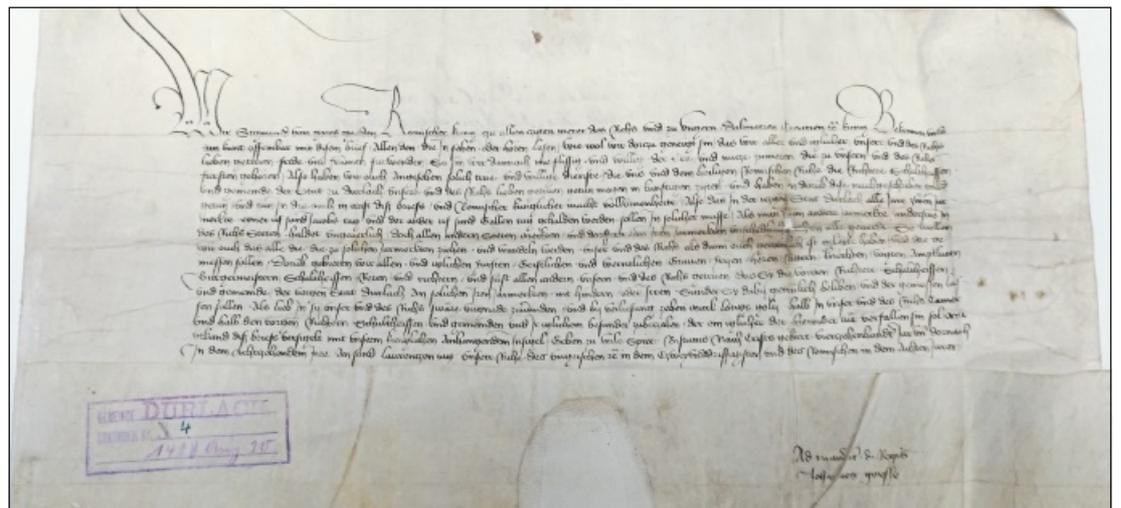


Foto: Stadtarchiv

archivischen Praxis auf einem Original nicht mehr tun würde.

In der Urkunde verleiht König Sigismund der Stadt Durlach das Recht, jährlich zwei Jahrmärkte abzuhalten. Einer davon soll am St. Jakobstag (25. Juli), der zweite am St. Gallustag (16. Oktober) stattfinden. Der König führt aus, dass er das Privileg gewährt in Ansehung der guten Dienste, die Richter, Schultheiße und Gemeinde der Stadt Durlach ihm und dem Reich leisten werden, und er verbietet allen geistlichen und weltlichen Würden- und Amtsträgern sowie sonstigen Getreuen unter Androhung einer Strafe von 10 Goldmark, die Stadt bei der Durchführung der Jahrmärkte zu behindern.

Mit der Verleihung dieses Rechts, erhielt die Stadt Durlach ein bedeutendes königliches Privileg. Jahrmärkte waren im Mittelalter wichtige Er-

eignisse, die für die aufstrebenden Städte zahlreiche politische, wirtschaftliche und soziale Funktionen erfüllten. Das Jahrmarktsprivileg stärkte die Stellung der Stadt; die Veranstaltungen boten die Gelegenheit örtliche und überregionale Waren zu handeln, Kontakte zu knüpfen oder Nachrichten auszutauschen und entwickelten sich darüber hinaus oft zu Volksfesten. Davon zu unterscheiden ist das Recht, einen regulären Wochenmarkt abzuhalten. Das Marktrecht stellte einen Kernbestandteil des Stadtrechts dar und war damit zentral für die mittelalterliche Stadtverfassung. Daher ist anzunehmen, dass die Stadt Durlach dieses Recht bereits deutlich länger innehatte, sehr wahrscheinlich seit ihrer Gründung Ende des 12. Jahrhunderts.

Die originale Königsurkunde von 1418 ist bis Mai 2018 zu sehen.

Herausgeber/Redaktion: Dr. Manfred Koch
Herstellung: Badendruck
„Blick in die Geschichte“ online ab Nr. 61/2003
unter: www.karlsruhe.de/b1/stadtgeschichte/blick_geschichte/ausgaben.de